

Löger und Fuchs uneinig über Spitzensteuersatz

Wien. Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ) hat am Montag eine Debatte um den Spitzensteuersatz losgetreten – und sich dabei umgehend eine Abfuhr beim Koalitionspartner geholt.

Zusätzlich zum „regulären“ Spitzensteuersatz von 50 Prozent gilt für Einkommensteile von über einer Million Euro ein Sondersteuersatz von 55 Prozent. Der wurde bei der Steuerreform 2016 eingeführt und bis 2020 befristet. Fuchs hat nun seine Forderung erneuert, diesen Steuertarif für Top-Verdiener – laut Statistik Austria gab es 2015 genau 463 Personen mit einem Einkommen über einer Million Euro – auslaufen zu lassen. „Eine Verlängerung wäre ein schlechtes Signal für den Wirtschaftsstandort“, sagte Fuchs bei seiner „Fairnesstour“ in Graz.

Von der ÖVP kam umgehend eine Absage. „Ein Auslaufen des Spitzensteuersatzes zählt nicht zu den bisher vereinbarten Maßnahmen“, verwies der Sprecher von Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) auf die Ergebnisse der Regierungsklausur. Fixiert habe man nur, dass kleine und mittlere Einkommen zuerst von der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und der Einkommensteuer profitieren sollen und dass die Steuer- und Abgabenquote in Richtung 40 Prozent sinken solle.

Fuchs: KöSt-Senkung unter 20 Prozent ist Wunschdenken

Auch sonst lieferte Fuchs Konfliktpotenzial: Die Forderung von ÖVP-Wirtschaftsvertretern nach einer Senkung der Körperschaftsteuer für Unternehmensgewinne auf unter 20 Prozent bezeichnete der FPÖ-Politiker als „reines Wunschdenken“. Und die medial kolportierte Senkung der unteren drei Lohnsteuertarife von 25, 35 und 42 auf 20, 30 und 40 Prozent tat er als „Zahlen aus dem ÖVP-Wahlprogramm“ ab.

Scharfe Kritik an Fuchs kam von der Opposition. Der FPÖ gehe es offenbar um einige hundert Millionäre und nicht um den kleinen Mann. ■

Wien. Die SPÖ ist weiter fest entschlossen, die Förderung von Biomasseanlagen am Donnerstag im Bundesrat zu Fall zu bringen. „Wenn die ÖVP auf uns zu kommt, werden wir natürlich reden, aber es gibt im Bundesrat nur mehr zwei Möglichkeiten: Runter von der Tagesordnung oder wir lehnen es ab“, sagte die Vorsitzende der SPÖ-Bundestagsfraktion, Inge Posch-Gruska, am Montag in einer Pressekonferenz. „Es gibt im Bundesrat auch nicht die Möglichkeit, diesen Gesetzesentwurf noch zu ändern“, erklärte Posch-Gruska. Die SPÖ hat im Bundesrat genug Stimmen, um Gesetze, die in der Länderkammer eine Zwei-Drittel-Mehrheit brauchen, zu blockieren. Von den 21 roten Bundesräten darf aber keiner fehlen oder von der Parteilinie abweichen. „Es werden alle da sein“, versicherte Posch-Gruska.

Laut dem Parlamentsexperten Werner Zögernitz, der früher ÖVP-Klubdirektor war, wäre es das erste Mal, dass ein Gesetz am absoluten Vetorecht des Bundesrates scheitert. Ein absolutes Veto habe die negative Beendigung des Gesetzgebungsverfahrens zur Folge, so Zögernitz auf APA-Anfrage. Normalerweise kann der Nationalrat die Länderkammer mit einem Beharrungsbeschluss überstimmen, nicht allerdings bei Verfassungsgesetzen oder Bestimmungen, durch die Kompetenzen der Länder eingeschränkt werden.

SPÖ: Es fehlen konkrete Tarife

In der SPÖ heißt es, man habe in den Ländern Kontakt aufgenommen „und bei diesen Gesprächen sind wir draufgekommen, dass es Kraftwerksbetreiber gibt, die selbst sagen: ‚Nein, dieses Gesetz brauchen wir nicht, dieses Gesetz hilft uns in unserer Arbeit nicht‘“, sagte Posch-Gruska. Sie kritisierte, dass die ÖVP, anstatt eine Lösung zu suchen, Druck auf SPÖ-Bundesräte ausgeübt habe. Kern

SPÖ bleibt beim Nein

SPÖ-Bundestagsfraktion fordert Entfernung der Ökostromnovelle von der Tagesordnung. Erstes absolutes Veto des Bundesrats droht.



Foto: apa/Helmut Fohringer

der SPÖ-Kritik ist, dass im Gesetz konkrete Einspeisetarife fehlen. Auch sei unklar, welche der rund 140 Anlagenbetreiber von diesen garantierten Abnahmepreisen profitieren sollen. Das Gesetz überlasse die Festsetzung der Tarife und die Gesamtsumme der Förderung zur Gänze Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP). Die SPÖ spricht deshalb von einer „Blankoermächtigung“.

Dem trat am Montag die ÖVP entgegen. Bei dem Gesetz handle es sich um eine Überbrückungsmaßnahme, also lediglich um die Verlängerung des bestehenden Gesetzes – eines, das zuletzt 2017 unter der rot-schwarzen Regierung von der SPÖ mitbeschlossen wurde, wie Energiesprecher Josef Lettenbichler in einer Aussendung erinnerte. „Die vorliegende Novelle ist im Großen und Ganzen deckungsgleich damit.“ Für Verhandlungen und ein neues Gesetz mit Begutachtungsfrist bleibe keine Zeit mehr, so Lettenbichler.

Gegen das Gesetz ist neben der SPÖ auch die Liste Jetzt (früher

Liste Pilz). „Die Regierung hat es verabsäumt, rechtzeitig eine vernünftige und umfassende Lösung auf den Weg zu bringen und will nun in mittlerweile schon gewohnter ‚Husch-Pfusch-Manier‘ ein paar unwirtschaftliche Anlagen mit Steuermillionen künstlich am Leben erhalten“, kritisierte Energiesprecher und Klubobmann Bruno Rossmann.

Grüne für Novelle

Die Grünen, die zwei der 61 Bundesräte stellen, werden der Novelle hingegen zustimmen. „Die Regierungsfractionen haben ihre Bereitschaft erklärt, via Entschließungsantrag vor Erlassung der Verordnung noch einmal mit dem Parlament über die nachhaltigen Tarife zu verhandeln, und dass es zu keinen Doppelförderungen für Ökostromanlagen kommt“, erklärte der Grüne Bundesrat David Stögmüller.

Im Nationalrat war das Gesetz Ende Jänner mit Zwei-Drittel-Mehrheit mit den Stimmen von von ÖVP, FPÖ und Neos beschlossen worden.

Für die Biomasse-Förderung ist auch die Stromwirtschaft. „Wenn wir die Ziele 2030 erreichen wollen und das sind nur mehr knapp zehn Jahre, dann müssen wir alle verfügbaren Technologien einsetzen, das ist natürlich im ganz wesentlichen Maße Wasserkraft, das ist auch die Photovoltaik, aber die Biomasse hat einen wesentlichen Vorteil, sie ist planbar“, sagte Leonhard Schlitter von Oesterreichs Energie am Montag im ORF-Radio.

Bei der Förderung von Biomasse-Kraftwerken geht es – wie auch bei Windrädern und Photovoltaik-Anlagen – um einen garantierten Strompreis, der über dem Marktpreis für Strom liegt. Er wird aber nur 13 Jahre lang bezahlt. Danach sollten die Kraftwerke am Markt konkurrenzfähig sein. Bei 47 Biomasse-Kraftwerken läuft diese Frist zwischen 2017 und 2019 aus. Um sie in Betrieb zu halten, hat die Bundesregierung für drei Jahre 140 Millionen Euro vorgesehen – bezahlt wird dies über die Stromrechnung. ■

Börsen & Märkte

Zarte Erholung nach jüngster Schwäche

Die Andritz-Aktie hat am Montag einen Teil ihres vorherigen Fünf-Prozent-Verlusts wettgemacht.

ATX Prime 1511,17 +0,75%

Eröffnung: 1500,43 Vortag: 1499,97
Hoch: 1516,63 52-Wochen-Hoch: 1789,67
Tief: 1500,43 52-Wochen-Tief: 1353,06

	11.02.	+/-	%
Palfinger	24,5	+0,75	+3,16%
Marinomed Biotech	80,8	+2,30	+2,93%
PÖRR	19,2	+0,48	+2,56%
Valneva	3,155	+0,07	+2,28%
RBI	22,37	+0,49	+2,24%
Lenzing	84,8	+1,60	+1,92%
Schoeller-Bleckmann	65,05	+1,10	+1,72%
BAWAG Group	37,18	+0,58	+1,58%
AT & S	16,7	+0,26	+1,58%
FACG	15,92	+0,16	+1,02%
Österreichische Post	34	+0,48	+1,43%
Do & Co	82,2	+1,10	+1,36%
Polytec	9,02	+0,12	+1,35%
Vienna Insurance	21,04	+0,26	+1,25%
Erste Group Bank	31,32	+0,33	+1,06%
Andritz	42,38	+0,42	+1,00%
ZUMTOBEL	7,66	+0,07	+0,86%
Warimpex	1,205	+0,01	+0,84%
CA Immobilien	30,9	+0,20	+0,65%
OMV	46,24	+0,24	+0,52%
S IMMO	17,2	+0,08	+0,47%
Mayer-Melnhof Karton	116,2	+0,40	+0,35%
Flughafen Wien	35,55	+0,10	+0,28%
Verbund	44,12	+0,12	+0,27%
UNION Insurance	8,21	+0,02	+0,24%
Agrana	17,64	+0,04	+0,23%
voestalpine	24,87	+0,05	+0,20%
Kapsch TrafficCom	34,4	+0,05	+0,15%
Rosenbauer	40	-	0,00%
Wienerberger	19,58	-0,03	-0,15%
STRABAG	30,7	-0,05	-0,16%
Telekom Austria	6,44	-0,02	-0,31%
IMMOFINANZ	22,7	-0,08	-0,35%
EVN	14,22	-0,22	-1,52%
UBM Development	36,4	-0,60	-1,62%
AMAG	32,2	-1,00	-3,01%
Sempert	12,34	-1,06	-7,91%

Andritz



(kle) Mit einer positiven Performance ist die Aktie des Grazer Anlagenbauers Andritz in die neue Börsenwoche gestartet. Mit 42,38 Euro notierte sie am Montag um 1,0 Prozent fester, nachdem es zwei Handelstage zuvor recht deutlich – insgesamt um gut fünf Prozent – nach unten gegangen war. Seit Jahresbeginn ist der im Wiener Leitindex ATX gelistete Titel allerdings im Plus –

gegenüber dem Jahresultimo 2018 um rund sechs Prozent. Erst kürzlich hat die Investmentbank Goldman Sachs ihre Kaufempfehlung („Buy“) für die Andritz-Aktie bekräftigt – und auch ihr Kursziel von 57,00 Euro. Wie sie hervorhob, beschleunige sich das Wachstum bei Andritz, während es sich in der Branche abschwäche. Mit dem höheren Wach-

tum sollte sich laut Goldman Sachs auch der Cashflow im Konzern verbessern, was beim Aktienkurs für Aufwärtspotenzial Sorge. Den Kurs unterstützen könnte auch der vom Konzern Ende Dezember gestartete und voraussichtlich bis Mitte 2019 dauernde Rückkauf eigener Aktien. Geschäftszahlen für 2018 sowie einen Ausblick für heuer gibt Andritz am 6. März.

ATX 2.988,17 +0,82% +++ DAX 11.014,59 +0,98% +++ SMI 9.068,62 +0,72% +++ FTSE-100 7.129,11 +0,81% +++ EuroStoxx-50 3.165,61 +0,95%
Werte: 18 Uhr MEZ